Hallesche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen.

1919 Nr. 633 — Jahrgang 212

Bezugspreis: für hiesige und auswärtige Bezieher monatlich Mk. 2,00, vierteljährlich Mk. 6.00 frei Haus. Durch die Post bezogen zuzüglich postal. Bestellgeld.

Sonntag-Ausgabe — Sonntag, 21. Dezember

Anzeigenpreis: Die 7gesp. 38 mm breite mm-Grundzeile 30 ₰. Die 3gesp. 90 mm breite mm-Reklamezeile 90 ₰. Besondere Preise laut Preisliste. Erfüllungsort Halle-Saale.

Geschäftsstelle Halle-Saale: Leipziger Straße 61/62. Fernruf Zentrale 7801, abends von 7 Uhr an Redaktion 5609 und 5610. — Postscheckkonto Leipzig 20512

Geschäftsstelle Berlin: Bernburger Str. 30. Fernruf Amt Kurfürst Nr. 6296. Eigene Berliner Schriftleitung. — Verlag und Druck von Otto Thiele Halle-Saale

Neueste Tagesnachrichten

* Die deutsche Kommission, die zur Vereinbarung der technischen Einzelheiten nach Paris gereist ist, steht unter Führung des Herrn von Simson.

* Der Reichsrat hat in seiner gestrigen Sitzung dem Gesetz über das Reichsnotopfer, über die Sozialisierung der Elektrizitätswirtschaft und dem Umsatzsteuergesetz in der von der Nationalversammlung beschlossenen Fassung die Zustimmung erteilt.

* Hauptmann von Kessel ist aus der Haft entlassen worden.

* Die sächsische Regierung erwägt zurzeit, ob der Zeitpunkt gekommen ist, einen Antrag wegen Aufhebung des Belagerungszustandes an den Reichspräsidenten zu stellen.

* Bei Abgang der letzten Züge vor der Verkehrssperre in Oesterreich kam es auf den Wiener Bahnhöfen zu schweren Ausschreitungen.

* Der Senat von Kuba hat den Friedensvertrag mit Deutschland genehmigt.

Admiral Reuters Protest

Auf die kleine Anfrage der Abgeordneten Dr. Stresemann, Dr. Maretzki und Dr. Mittelmann in der Nationalversammlung über die Zurückhaltung der deutschen Flottenmannschaften in England beabsichtigt die Regierung eine Antwort zu geben, in der es heißt:

Von den im übrigen Ende November d. J. beendeten Heimbeförderung der in England bisher festgehaltenen Kriegsgefangenen sind nicht nur Admiral von Reuter sowie zwei Offiziere und sechs Mannschaften, sondern die gesamten Besatzungen der in Scapa Flow interniert gewesenen deutschen Flotte ebenso wie die deutschen Offiziere in Wakefield und Ripon, diese aus unbekanntem Anlaß, ausgeschlossen worden. Soweit übersehen werden kann, dürfte es sich mit Einschluß der nicht transportfähigen Kranken insgesamt um etwa 4000 zurückgehaltene Gefangene handeln, davon 1774 Angehörige der Scapa-Flow-Besatzungen. In ihrer Note vom 1. November d. J. haben die Alliierten von Deutschland die Unterzeichnung eines Protokolls verlangt, welches unter anderem die Bestimmung enthält, daß die Besatzungen bis zur Ablieferung des von den Alliierten für die Versenkung der Schiffe geforderten Ersatzes in Gefangenschaft verbleiben sollen.

Die Regierung beabsichtigte ferner den Protest des Admirals Reuter an Lloyd George vom 23. Oktober gegen diese Ausnahmebehandlung, die der Rechtsgrundlage, der Billigkeit und der Menschlichkeit entbehre, bekanntzugeben. Zur Begründung des Protestes führt Reuter folgendes an:

Donington Hall, den 23. Oktober 1919.

An den
Ministerpräsidenten von Großbritannien und Irland.
Herr Ministerpräsident!

Ich erfahre soeben, daß ich, Kapitänleutnant Wernich und Oberleutnant zur See Schilling sowie 6 Mannschaften der deutschen, seinerzeit Scapa Flow internierten Flotte von dem allgemeinen Abtransport der Kriegsgefangenen des Lagers Donington Hall nach Deutschland ausgeschlossen worden sind. Ich schließe aus dieser Tatsache, daß ein gleiches Verfahren auch mit den übrigen Offizieren und Mannschaften der internierten Flotte geübt werden wird. Dies würde bedeuten einen Bruch der von der englischen Regierung gegebenen Zusage, die deutschen Kriegsgefangenen schon vor dem Inkrafttreten des Friedensvertrages zu repatriieren. Ich lege gegen diese Ausnahmebehandlung, die der Rechtsgrundlage, der Billigkeit und der Menschlichkeit entbehren würde, **Protest ein.**

Ich begründe den Protest wie folgt:

1. Wie die Vertreter der Entente laut Pressenachricht selbst zugegeben haben, war die Internierung der deutschen Flotte an sich ein Fehler. Dieser Fehler kann weder mir noch meinen Offizieren und Mannschaften zum Vorwurf gemacht werden, noch ist es billig, für diesen Fehler uns büßen zu lassen.

2. Die englische Regierung hatte mich in Scapa Flow trotz meines Protestes derartig von meiner Regierung abgeschlossen, daß ich schriftliche Nachrichten erst nach zwei bis drei Wochen und Funksprüche erst nach mehrtägiger Verzögerung, sofern die englische Zensur sie überhaupt durchlassen wollte, erhielt. Die englische Regierung hätte wohl loyalerweise unter diesen Umständen mich über den Gang der Friedensverhandlungen, insbesondere soweit sie die Kündigung und den Ablauf des Waffenstillstandes betrafen, auf dem laufenden halten müssen. Mir ist vorgeschrieben, daß ich als Seebefehlshaber verpflichtet bin, wenn mir Nachrichten von der eigenen Regierung nicht zugehen oder zugehen können in Fällen von Not und Gefahr und des Krieges, selbständig zu handeln, wie es der Nutzen des Staates und die Ehre der Marine verlangen. Ich hatte weder von der englischen Regierung noch von der eigenen Nachricht über den Stand der Friedensverhandlungen, noch konnte ich solche von letzterer in kürzester Frist, wie es der dauernde Wechsel der Lage erforderte, erwarten. Damit trat für mich die Vorschrift, selbständig handeln zu müssen, in Kraft.

Als Nachrichtenquelle standen nur die mir gelieferten englischen Zeitungen zur Verfügung. Ihre Nachrichten wurden mir jedoch erst dadurch wertvoll, daß sie in den für mich kritisch gewordenen Tagen bis 20. und 21. Juni solche offiziellen Charakters enthielten. Sie bezogen sich auf die deutschen Gegenvorschläge zum Friedensvertrag und auf deren Ablehnung durch die Entente. Infolge der somit durch die englische Presse erhaltenen Kenntnis von der Ablehnung der deutschen Gegenvorschläge **konnte ich damit sicher rechnen, daß am 21. Juni wieder Krieg ausgebrochen sei;** hatte doch der deutsche Ministerpräsident seiner Zeit in der Nationalversammlung erklärt, daß ihm eher die Hand verdorren würde, als daß er diesen Friedensvertrag unterzeichnen würde; auch konnte ich als Offizier nicht annehmen, daß ein derartiger Friede unterzeichnet werden würde. Gefahr und Krieg lagen jetzt vor; sie mußten mich als Offizier und Mann von Ehre veranlassen, unter allen Umständen meiner Vorschrift entsprechend nunmehr selbständig, nach bestem Wissen und Gewissen, zu handeln. Ich glaube nicht, daß ein englischer Seebefehlshaber andere Vorschriften gehabt und anders als ich gehandelt hätte.

3. Mit dem Kriegszustande trat eine weitere Vorschrift für mich in Kraft: **„Außer Gefecht gesetzte Schiffe dürfen nicht in Feindeshand fallen". Die mir unterstellten Schiffe waren kampfunfähig;** es blieb mir daher nur übrig, sie zu versenken. Das habe ich getan. Es war für meinen Entschluß gleichgültig, ob der größere Teil der englischen Ueberwachungsstreitkräfte in See gegangen war oder nicht. Ich bin überzeugt, daß englische Seebefehlshaber die gleiche Vorschrift haben und ebenso wie ich gehandelt hätten.

4. Meine Annahme, daß der Krieg am 21. Juni wieder ausgebrochen sei, ist unter Zugrundelegen und gewissenhafter Prüfung der erwähnten englischen Zeitungsnachrichten gebildet. Wenn sie sich später auch als irrtümlich herausgestellt hat, weil die erwähnten Zeitungen die zweitägige Verlängerung des Waffenstillstandes nicht enthielten so habe ich jedenfalls die Schiffe in der festen Ueberzeugung, daß wieder Krieg sei, versenkt. **Kenntnis vom verlängerten Waffenstillstand erhielt ich erst am 21. Juni abends an Bord S. M. S. „Revenge".** Es kann mir daher niemals ein absichtlicher und schuldhafter Bruch des Waffenstillstandes vorgeworfen werden, da man uns trotzdem englischerseits zu Kriegsgefangenen erklärt hat, ist man anscheinend meiner Auffassung vom Wiederausbruch des Krieges gefolgt. Wir haben uns hiermit abfinden müssen. Es wäre aber nunmehr unbillig, wenn man uns die Wohltat der eingeleiteten Heimsendung vorenthielte und uns schlechter stellte als die Kriegsgefangenen.

5. Den Ausführungen von 1 bis 4 entsprechend ist es zu verstehen, daß wir nun, wo wir uns vom Heimtransport zurückgestellt sehen, in dem Gefühl bestärkt werden, daß wir, die wir nur die uns auferlegte Pflicht erfüllt haben, nicht nach Recht und Billigkeit und nicht nach Kriegsbrauch behandelt werden, sondern lediglich einer Art Rachegefühl zum Opfer fallen sollen. Ich nehme nicht an, daß dies die Absicht der englischen Regierung ist.

Ich ersuche daher, die jetzt durch Zurückhaltung vom Heimtransport gegen uns eingeleitete Ausnahme aufzuheben und die Repatriierung von mir, den Offizieren und Mannschaften der in Scapa Flow zurzeit internierten deutschen Schiffe anzuordnen.

ges.: Reuter, deutscher Konteradmiral.

Der Regierungsvertreter wolle ferner hervorheben: Gegen die Internierung in Scapa Flow hat die deutsche Waffenstillstandskommission seinerzeit leider vergeblich Einspruch erhoben. Wäre die Internierung nicht dort, sondern in einem neutralen Hafen erfolgt und wäre nicht die Nachrichtenübermittlung an den deutschen Admiral in rechtswidriger Weise beschränkt worden, so hätte der Irrtum, der Waffenstillstand sei abgelaufen, nicht entstehen können, eine Versenkung der Flotte wäre nicht erfolgt. Die Stellungnahme der Alliierten, die Angelegenheit unterliege als ein Kriegsereignis ihrem Machtspruch, hat uns gezwungen, den äußersten uns möglichen Ersatz anzubieten. In der Note vom 15. d. M. ist aber der Erwartung Ausdruck gegeben worden, daß auf Grund unserer grundsätzlichen Bereiterklärung zur Ersatzleistung die noch immer zurückgehaltenen Besatzungen unverzüglich freigelassen werden.

Bolschewistensiege

Amsterdam, 20. Dezember.

Laut „Telegraph" melden die englischen Blätter, daß einem drahtlosen Telegramm aus Moskau zufolge das rote Heer die Verfolgung der Truppen Koltschaks fortsetzt und Nikolaij besetzt hat.

Die Bolschewisten nähern sich Omsk. Sie haben 5000 Gefangene gemacht, darunter einige Generale, und 54 Geschütze erbeutet.

Deutschland hat die Bedingungen erfüllt

Eine amtliche Berichtigung.

Nach einer Meldung des „Telegraaf" aus London vom 17. Dezember hat Churchill im Unterhause mitgeteilt, daß Deutschland den Bestimmungen des Waffenstillstandes zufolge noch abliefern müsse: 5000 Geschütze, 25 000 Maschinengewehre, 3000 Laufgrabenmörser und 1700 Flugzeuge.

Dazu wird von zuständiger Seite festgestellt, daß Deutschland seinen im Waffenstillstand übernommenen Verpflichtungen zur Abgabe von Waffen aller Art und Flugzeugen restlos nachgekommen ist.

Der durch Funkspruch hier inzwischen eingegangene Originaltext der Rede Churchills zeigt übrigens, daß die Wiedergabe in der Presse den Sinn vollständig entstellt hat. Im Original heißt es:

Churchill teilte im Unterhause mit, daß Deutschland den Bestimmungen des Waffenstillstandes zufolge noch ausliefern müßte: 5000 Geschütze, 25 400 Maschinengewehre, 3000 Laufgrabenmörser, 1700 Flugzeuge.

Das Scheinparlament

Wähler und Gewählte sind sich mit der Länge der Zeit wohl immer unklarer darüber geworden, was die deutsche Nationalversammlung eigentlich noch für einen Zweck hat. Ihren Beruf hat sie längst erfüllt. Sie war ja ursprünglich nur dazu da, dem Deutschen Reiche eine neue Verfassung zu geben. Sobald dies geschehen, wäre auf Grund des endgültigen Wahlrechtes ein neuer Reichstag zu wählen gewesen, und Friedrich der Vorläufige hätte sich zurückziehen müssen. Man entdeckte dann aber regierungsseitig noch einen ganzen Haufen Gesetze, die angeblich durchaus noch seitens der Nationalversammlung erledigt werden mußten. Den gegenwärtigen Minderheitsparteien konnte es, theoretisch betrachtet, im Grunde genommen ganz recht sein, daß die Regierungsmehrheit noch eine gute Weile ihre Regierungsunfähigkeit erwies und dadurch eine ganz gewaltige Rechtsschwenkung im Lande veranlaßte. Offensichtliche Einbuße erleiden dabei zunächst am stärksten die Demokraten, die nach dem Sprüchlein handelten: „Rin in die Regierung — 'raus aus der Regierung, 'rin in die Regierung." Der Vorsprung, den sie im Vorjahre bei der Parteineugründung hatten, haben sie längst eingebüßt, und scharenweise wandern ihre kurzfristigen Anhänger in das Lager der Deutschen Volkspartei, deren Organisationen sich zusehends stärken und festigen.

Inzwischen arbeitet, — wenn das Wort erlaubt ist! — die Nationalversammlung der Form nach weiter. Aber nur der Form nach! Sachlich hat sie überhaupt nichts zu sagen. Die unausgesprochenen Forderungen der Entente und die ausgesprochenen Forderungen der Straße bedingen die Gesetze, die Herr Erzberger ausarbeiten läßt und die von der sogenannten Volksvertretung unbesehen zu schlucken sind und auch geschluckt werden. Wenn die Entente auf Milliarden und Abermilliarden deutscher Kriegsentschädigung wartet, dann holt Herr Erzberger gehorsam das Reichsnotopfer hervor, scheffelt die Milliarden zusammen, powert das deutsche Wirtschaftsleben aus und hält unter dem Vorwand, es nicht zu wollen und zu brauchen, der Entente allerunterthänigst die Riesenspende zu bequemer Hinnahme entgegen. Wenn die Straße etwas vom Rätesystem lallt, dann läßt der Reichsregent eine entsprechende Gesetzesvorlage deichseln und sucht nach dem Diktat der Straße, ihre Durchpeitschung sicherzustellen. Die neben ihm in der Regierung sitzenden sozialistischen Minister schielen unentwegt auf die Unabhängigen und leben von der Befürchtung, daß diese ihnen alle Volkstümlichkeit bei den breiten Massen abgraben könnten, sofern die Regierungssozialisten ihrerseits nicht jedes Schlagwort der extremen Linken aufgreifen, jede phrasengeschwollene Forderung erfüllen. Nicht minder emsig sieht Herr Erzberger selbst danach, die Winke der U-Sozialisten ja nicht unbeachtet zu lassen, damit er auch in einem künftigen U-sozialistischen Ministerium die Möglichkeit habe, seine herrschende Rolle zur Freude der Entente weiter zu spielen.

Da die Arbeit unserer Radikalen gestützt ist auf russische Vorbilder und auf russische Gelder, so erweist sich letzten Endes, daß der Franzose von Westen und der Bolschewist von Osten diktieren, was Herr Erzberger in Deutschland zum Unheil des Reiches an Gesetzen zu brauen hat. Und was er dem Parlament vorschlägt, das ist für die Mehrheitsparteien Befehl.

Wozu denn noch immer dieses ganze Scheinsystem einer Volksvertretung, die nichts zu sagen hat? Diese Häufung von schwarz-rot-gold angestrichenen Pagoden, die mit dem Kopf zu nicken haben, wenn Erzbergers feistes Lächeln eine neue Vorlage serviert? Hätte die vorige Woche parlamentarisch nicht mit einer bemerkenswerten parlamentarischen Niederlage der sozialistischen Regierung geendet, dann wäre die Frage wirklich begründet gewesen, ob die Minderheitsparteien überhaupt noch Anlaß haben, dieses fade Spiel weiter mitzumachen, und ob es nicht richtiger wäre, wenn sie geschlossen das Lokal verließen, in dem man ja doch keines ihrer Worte hören will. Schließlich aber hatte die Erzbergerei sich selbst übertrumpft und hatte dadurch einen gewissen Umschlag herbeigeführt. Das Verlangen, die Umsatzsteuer zur zweiten Lesung einzubringen, noch bevor die Abgeordneten überhaupt die Möglichkeit gehabt, den Ausschußbericht auch nur flüchtig durchzukauen, ging denn doch so weit, daß sich immerhin aus den Reihen der Pagoden Erzbergers keine Mehrheit für die Zustimmung zu einer so kühn vorgeschlagenen Tagesordnung ergab, trotzdem die natürlichen Folgen einer Aenderung des parlamentarischen Spielplans die Zurückstellung der Weihnachtsgratifikation

Der Gassperre wegen kann diesmal die Montag-Morgenausgabe der „Halleschen Zeitung" nicht erscheinen. Ebenso mußten die Sonntagsbeilagen „Deutsche Stimmen in die Zeit", „Hallescher Kurier" und „Frauenspiegel" zurückbleiben, die dafür der Weihnachtsausgabe beigelegt werden sollen. Die nächste Nummer der „Halleschen Zeitung" erscheint am Montag, den 22. Dezember, nachmittags.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191912211-10/fragment/page=0001

war, die im Namen der Gesamtregierung von den Regierungssozialisten den U-Sozialisten in Form des Betriebsräte-Gesetzes überreicht werden sollte.

Aber wie vereinzelt ist dieser Fall eines erfolgreichen Versuches, wenigstens etwas Zeit für sachliche Arbeit im Parlament zu gewinnen und die Abstimmungsguillotine nicht immer ohne weiteres in Kraft treten zu lassen! Im großen und ganzen bleibt doch durchaus der Eindruck bestehen, daß die sogenannte Volksvertretung überhaupt nichts zu sagen hat, daß sie zwar theoretisch alle Rechte besitzt, praktisch sich aber vollkommen aller Rechte begeben hat und im Grunde genommen nur noch ein Scheindasein führt. Die Wähler im Lande haben ja voraussichtlich noch einige Monate Zeit, über diese Tatsache nachzudenken, und sie werden es sich zehnmal überlegen müssen, ob es in ihrem und im vaterländischen Interesse liegen kann, bei den Neuwahlen dem schwarz-rot-goldenen Block abermals Gelegenheit zu derartig unbesonnener Gesetzesmacherei zu geben, wie wir sie im Jahre des „Heils" 1919 überreichlich erlebt haben.

England und der Völkerbund

Amsterdam, 20. Dezember.

„Telegraaf" zufolge erklärte Lloyd George mit Bezug auf den Völkerbund, er zweifle nicht daran, daß Amerika Mitglied des Bundes werde. Wenn es jedoch Mitglied werde unter Bedingungen, die nicht auf alle anderen Länder Anwendung fänden, denn sei es schwierig, mit Menschen unter verschiedenen Umständen an derselben Tafel zu sitzen, eine Nation vollkommen frei und unbehindert, die anderen Nationen mit auf den Rücken gebundenen Händen. Wenn man zum Völkerbund komme, dann müsse es ein Bund von gleichwertigen Nationen sein. Lloyd George sagte: Ohne im geringsten eine Vermutung darüber zu äußern, was Amerika tun oder vielleicht tun wird, muß ich doch erklären, daß der Völkerbund von so großer Wichtigkeit für den Frieden des unruhigen Europa ist, daß die Regierung überzeugt ist, daß England auf jeden Fall auf dem Wege des Völkerbundes weitergehen muß.

Wie der „Telegraaf" aus London meldet, beschränken sich die englischen Morgenblätter darauf, die Rede Lloyd Georges ohne große Kommentare wiederzugeben. „Daily Mail" entnimmt den Worten Lloyd Georges, daß die Alliierten Konstantinopel der Türkei abnehmen werden.

Rotterdam, 20. Dezember.

Laut „Nieuwe Rotterdamsche Courant" erklärte bei der Debatte im englischen Unterhaus über die auswärtige Politik Sir D. Macdonald, nichts sei infolge des Krieges so sehr in Mißkredit gekommen, wie die Geheimdiplomatie. Die Welt verlange danach, daß jetzt ihre Taten aufgedeckt werden. Zwischen Völkerbund und Rückkehr zum Militarismus gebe es keinen Mittelweg.

Lord Robert Cecil sagte, der Friede müsse so bald wie möglich in Kraft treten. Die Revolution könne in keiner Hinsicht für die Alliierten von Vorteil sein und könne eine verwüstende Wirkung haben. Der Fall der jetzigen deutschen Regierung würde nur zu drei Dingen führen können, und zwar zum vollkommenen Chaos oder zu einer Regierung der äußersten Linken oder zu einer militärischen Aktion. Keine von diesen drei Dingen könne den Alliierten von Nutzen sein. Cecil drang auf rasche Wiederherstellung der diplomatischen Beziehungen mit Rußland. Er sagte: Die wahre Ursache des Bolschewismus und der revolutionären Ausschreitungen sei der Hunger. Solange die Lage im Auslande so verworren bleibe, werde England niemals zum Frieden in der Industrie und zu Wohlfahrt gelangen. Lloyd George sagte noch: Bei der heutigen Lage in Europa müsse England dafür sorgen, daß es gesund bleibe. Davon hänge die Zukunft der gesamten Zivilisation ab.

*

Amsterdam, 20. Dezember.

„Daily Telegraph" schreibt: Lloyd George und seine Kollegen hätten ihren Standpunkt mit bezug auf den Kaiserprozeß nicht geändert. Auch die übrigen Deutschen, die England gegenüber die Kriegsgesetze zur See verletzt haben, werden sich dafür in England verantworten müssen.

Das zerschmetterte Deutschland

Amsterdam, 20. Dezember.

Der unlängst von einem Besuch Deutschlands nach England zurückgekehrte Herausgeber des „Statist" und Finanzberater der englischen Regierung, Sir George Paish, schreibt in der „Internationalen Revue", daß Zahlungen Deutschlands an Frankreich und Italien nicht vor einem Jahre erfolgen können. Es sei nutzlos, darauf zu warten. In Deutschland fehle alles: Kleidung, Lebensmittel, Brennstoffe, Geld und Kredit. Die Umwälzung in Deutschland werde auch Frankreich, Italien und sogar England vernichten. Der Entente-Völkerbund müsse sich seiner Verantwortlichkeit in dieser Hinsicht klar werden. Ohne Rohstoffe für seine Fabriken und Lebensmittel für seine Bevölkerung könne Deutschland keine Wiedergutmachungen leisten. Um Frankreich wiederherzustellen, müsse man Deutschland wiederherstellen. Die Gefahr eines Wiederauflebens des Militarismus in Deutschland bestehe nicht. Deutschland habe sich durch die unerträglichen Leiden der Kriegsjahre geändert. England habe jetzt die beste Gelegenheit, die es je hatte, eine der größten Nationen der Welt, nämlich Deutschland, für seine gegen den Militarismus gerichtete Politik zu gewinnen.

Ratifizierung in Amerika?

Kopenhagen, 20. Dezember.

„Politiken" meldet aus Washington, daß der demokratische Senator Underwood unabhängig von Wilson Schritte unternommen hat, um die Ratifizierung durchzuführen. Underwood hat Konferenzen mit Republikanern abgehalten und man sucht eine Verständigung für ein Kompromiß von neuen Zugeständnissen von beiden Seiten herzustellen. Diese Verhandlungen haben einen günstigen Verlauf genommen und man erwartet die Ratifikation evtl. vor Weihnachten.

Belgiens Furcht vor Amerika

London, 20. Dezember.

Reuter meldet: Belgien, das die Bildung einer Liga oder einer Allianz zur Festigung seiner Sicherheit verlangt, hat ein Abkommen abgelehnt, nach welchem man ihm während einer Dauer von fünf Jahren seine territoriale Integrität sicherstellt im Falle eines nicht von ihm provozierten Angriffes. Belgien ist der Ansicht, daß es während dieser Periode von fünf Jahren nicht ernstlich bedroht würde und will das Abkommen auf eine längere Zeitdauer abschließen. Man hat hierauf vorgeschlagen, die Stellung der garantierten Neutralität gemäß dem Vertrage von 1839 wieder einzunehmen. Belgien hat aber auch dieses Angebot abgelehnt. Die französische, die englische und die belgische Regierung prüfen gegenwärtig andere Vorschläge, da Belgien gewisse Befürchtungen hegt angesichts der Haltung Amerikas zum englisch-amerikanisch-französischen Garantievertrag.

Valutakommission

Berlin, 20. Dezember.

Die ständige Valutakommission trat gestern vormittag im Reichsfinanzministerium zu einer Sitzung zusammen, in der zunächst über die Organisation der Kommission und die Bildung einer Unterkommission beraten wurde. Von mehreren Mitgliedern wurde unter allgemeiner Zustimmung mit Nachdruck betont, daß die Kommission nur beratenden Charakter habe, da sie ja die Gestaltung der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse, von denen in erster Reihe die Entwickelung der Valuta abhängt, keinen Einfluß ausüben könne. Ueberseh'n dürfe man auch nicht, daß die politischen Anschauungen von Kommissionsmitgliedern von denen abwichen, die zurzeit ausschlaggebend sind. So könne mithin die Kommission nicht etwa für Beschlüsse, die in der Wirtschafts- und Finanzpolitik gefaßt werden, als verantwortlich gelten. Sämtliche Mitglieder der Kommission erklärten sich aber bereit, nach besten Kräften und nach bestem Ermessen mitzuarbeiten. Den Sitzungen der Kommission werden dauernd außer Vertretern des Reichsfinanzministeriums auch Vertreter des Reichswirtschaftsministeriums und des Reichsbankdirektoriums beiwohnen. In der Nachmittagssitzung wurde nach einer allgemeinen Erörterung die Frage der Herabminderung des Notenumlaufs und der Regelung der Ein- und Ausfuhr an die alsbald zusammentretende Unterkommission zur näheren Prüfung überwiesen.

Bahnhofskrawalle in Wien

Wien, 20. Dezember.

Die plötzlich verhängte Verkehrssperre hat zu den tollsten Tumultszenen auf den Bahnhöfen und auf den Zwischenstationen geführt. Von 11 Uhr nachts an boten die Bahnhöfe und Warteräume das Bild eines Kriegslagers. Auf der Franz-Josef-Bahn und der Nord-West-Bahn mußten die Leute 24 Stunden auf die Abreise warten. Den größten Verkehr hatte die Westbahn zu bewältigen. Auf der Westbahn stürmten die Passagiere bewaffnet die Bahnsteige. Der Südbahnhof und der Ostbahnhof waren am schlimmsten daran. Auf allen Bahnhöfen kam es in der Warteräumen zu den erregtesten Szenen. Frauen und Kinder schrieben verzweifelt viele Gepäckstücke einfach verloren. Auch auf diesem Gebiete hatten sich die Schleichhändler des Geschäftes bemächtigt und verlangten den sechsfachen Fahrpreis für Fahrkarten. Normale Züge setzten bis 1200 Personen, es wurden aber bis 2000 Personen in einem Zuge befördert, wobei die Ueberzähligen auf den Dächern und Puffern saßen. Am Franz-Josef-Bahnhof wurden die Bahnsteigsperren vom Publikum gesprengt. Auf dem Nord-West-Bahnhof drängten 5000 Personen mit erhobenen Stöcken gegen die Sicherheitswache vor. Auf den Zwischenstationen wurden bereits im Zuge befindliche Personen von den Heranstürmenden herausgerissen. Die Leute, die aus dem Zuge nicht herauskonnten, schlugen die Fensterscheiben ein.

Sie wollen deutsch bleiben

Zu den vielen Kundgebungen unserer abgetrennten deutschen Brüder im Osten gesellt sich eine neue, die wiederum zeigt, wie in den Herzen unserer Volksgenossen die Liebe und Treue zum alten deutschen Vaterland lebendig ist. Die deutschen Bewohner des Ortes Dörnberg haben folgenden ostentreudigen Appell an alle deutschfühlenden Oberschlesier gerichtet:

Wir unterzeichneten deutschen Bewohner des Ortes Dörnberg im Abtretungsgebiet des Kreises Ramslau sind seit Jahrhunderten in treu-deutscher Gesinnung mit unserem Vaterlande verbunden. Einmütig erheben wir vor aller Welt schärfsten Protest gegen die Einverleibung unserer urdeutschen Heimat zu Polen. Nie und nimmer würden wir unser deutsches Vaterland verraten und uns niemals willig einer fremden Nation angliedern lassen. Dies wäre eine ungerechte Vergewaltigung, die in der Geschichte ihresgleichen sucht. Wir waren immer deutsch und wollen auch immer deutsch bleiben. Die Not unseres Vaterlandes fordert gebieterisch, daß wir ihm unsere Kräfte zur Verfügung stellen. Dies werden wir mit Freuden tun und bitten die maßgebenden alliierten Kommissionen, bei den stattfindenden Verhandlungen, die endgültig über das Schicksal unserer deutschen Heimat entscheiden, in gerechter Beurteilung unserer urdeutschen Gesinnung, die die internationalen Kommissionen aus eigener Anschauung bei Bereisung unseres Kreisteiles bestätigt haben, ihren ganzen großen Einfluß geltend zu machen, daß unsere deutsche Heimat und der ganze Kreis ungeteilt bei Deutschland verbleiben. Wir appellieren an den Gerechtigkeitssinn und die Ritterlichkeit der Herren Kommissare und hoffen von ihnen bestimmt baldige Erfüllung unserer Bitte. gez. 123 Unterschriften.

Anmeldungen von Ansprüchen gegen das Reich

W. T. B. meldet: Eine geordnete Finanzwirtschaft ist für das Reich nur dann möglich, wenn es übersehen kann, welche Forderungen aus früherer Zeit, insbesondere aus der Kriegszeit, noch erhoben werden. Die Abwickelung wird nie zu Ende kommen, wenn immer wieder neue Forderungsberechtigte ihre Ansprüche erheben können. Nach Einsetzung des Reichsabwickelungsamtes hat sich die Reichsregierung daher entschlossen, unter Mitwirkung der gesetzgebenden Körperschaften eine „Verordnung über die Abgeltung von Ansprüchen gegen das Reich" zu erlassen, wonach Forderungen aus Kriegsverträgen oder aus Verträgen, die vor dem Kriege oder während des Krieges für die alte Wehrmacht geschlossen sind, innerhalb einer Frist von drei Monaten nach Bekanntgabe der Verordnung anzumelden sind. Nach diesem Zeitpunkte ist die Geltendmachung der Ansprüche für die Gläubiger, die ihren Wohnsitz im Inlande haben, ausgeschlossen. Für die im Auslande befindlichen Forderungsberechtigten beträgt die Frist zwei Jahre. Die Abgeltung erfolgt nach der Verordnung des Reichsamtes für die wirtschaftliche Demobilmachung vom 21. November 1918, die durch die neue Verordnung ergänzt und erweitert ist.

Die gleichen Ausschlußfristen sind auch für solche Forderungen gegen das Reich festgesetzt worden, die sich aus öffentlich-rechtlichen oder privaten Dienstverhältnissen während des Krieges ergeben haben, sowie auf alle aus Anlaß des Krieges oder bei Durchführung der Uebergangswirtschaft infolge von Maßnahmen der Behörden usw. erwachsenen Ansprüche. Für diese Ansprüche ist zwar die Beschreitung des Rechtsweges zulässig, jedoch hat zuvor ein Ausgleichsverfahren vor dem Reichsschatzministerium bzw. bei den Ansprüchen aus Dienstverhältnissen vor der Obersten Reichsbehörde stattfinden, mit deren nachgeordneten Stellen das Dienstverhältnis abgeschlossen war.

Ansprüche, die sich auf die Versorgungsgesetze stützen, wie z. B. Pensionsansprüche, werden durch die Verordnung nicht betroffen.

Um den Forderungsberechtigten die Geltendmachung ihrer Rechte nicht unnötig zu erschweren, genügt zur Wahrung der Frist die Anmeldung beim Vertragsgegner oder bei irgend einer amtlichen Stelle. Um Verzögerungen zu vermeiden, ist es jedoch zweckmäßig, sich nicht an eine Zentralstelle (Ministerium) zu wenden, sondern die Anmeldung tunlichst bei der Stelle zu bewirken, mit der die Verträge abgeschlossen sind, oder gegen die die Ansprüche sich richten.

Der Reichsabwicklungskommissar ist dem Reichsfinanzministerium unterstellt und erhält von diesem seine Anweisungen. Die Bearbeitung der Angelegenheiten erfolgt jedoch durch die früheren Dienststellen nach wie vor. Beim Reichsfinanzministerium eingehende Gesuche werden also zunächst von dort an die bisher zuständige Dienststelle weitergeleitet. Die Vorlage von Gesuchen unmittelbar an das Reichsfinanzministerium bedeutet daher, neben der Verzögerung der Angelegenheiten, einen Antragsteller dabei, die unnötige Belastung der Post und eine Erschwerung des Geschäftsbetriebes des Reichsfinanzministeriums.

Nachdruck verboten.

Die beiden Hildebrand

76] Kriminalroman von Heinrich Tiaden.

13. Kapitel.

In den Fluten des Rheines schwammen die goldenen Feuerflammen der untergehenden Sonne. Ein tiefer Friede und eine Freudigkeit ohne Gleichen lag über allen Tälern und Höhen. An den Hängen prangte der Weinstock in saftigem Grün und zwischen dem leuchtenden Blätterwerk keimte und sprießte — jetzt noch unscheinbar und verborgen — das köstliche Gewächs, das eines Tages zu fröhlichem, rauschendem Leben erwachen sollte — das edle Gewächs, das Freude schafft und Lieder weckt von den hohen und schönen Dingen des Lebens — die Lieder von der Freiheit und Vaterlandsliebe, von der Fröhlichkeit und Freundestreue, von starkem Mut und seliger Liebe.

Auf einem Felsvorsprung hoch über dem Rheine, von niedrigem Eichengebüsch ganz umgeben, stand ein Mann und eine Frau. Das Gold der Abendsonne hüllte sie ganz ein wie mit einem Mantel von Glückseligkeit. Tiefste Glückseligkeit war es auch, die in ihren Augen brannte. Diese Augen waren in die Ferne gerichtet, weit über die Berge hinaus, die das märchenschöne Bild umbauten. Dort lag ja das Land, dem alle Menschenträume — zumal in der Hochzeitsstunde — zufliegen — das goldene Land der Sehnsucht, der Ideale, der glühenden Jugendwünsche. Nicht auf der Erde liegt dieses Land, sondern in der Seele. Jeder baut es sich nach seinen eigenen Plänen. Zukunft! — nie hat ein Mensch dein geheimnisvolles Reich durchforscht. Dunkel und schweigend liegst du einem jeden, der mit zagenden oder stürmenden Schritten dir naht. Du verwahrst deine Geheimnisse vor den glückeshungrigen Blicken aller Menschheit. Du weißt, daß nicht nur Schönes und Erträumtes denen bereitsteht, die dein Reich betreten. Auch Hartes, Bitteres, Gefürchtetes. Und wohl denen, die den starken Mut haben, zu denen freundlichen Gaben auch deine unholden hinzunehmen. — — —

„Oswald du bist so ernst geworden," sprach das weißgekleidete junge Weib zu dem Manne an ihrer Seite und schmiegte sich zärtlich an seine Brust. Er atmete auf, wie aus schweren Träumen erwachend, und strich mit der Hand über seine Stirn. Dann lächelte er und umschlang seine junge Gattin mit seinen Armen.

„Ja, meine liebe Lotte, es ist wahr, was du sagst. Und ich fürchte, es wird mir in letzter Zeit noch öfter so ergehen. Du darfst nicht vergessen, daß all die schrecklichen Dinge der letzten Zeit in meiner Seele noch so frisch sind."

„Jedoch heute, an unserem Hochzeitstag!" mahnte Lotte und strich mit ihrer weichen Hand über seine Stirn, als wolle sie dort all die ernsten Gedanken fortwischen.

„Gerade heute, mein Liebling, drängen sich die Gedanken mit besonderer Stärke an mich heran. Denn heute am stärksten macht sich der gewaltige Kontrast zwischen höchstem Unglück und größter Glückseligkeit geltend. Denke doch, vor sechs Wochen stand ich noch unter dem schrecklichen Verdachte, einen Menschen getötet zu haben. Und nur durch eine Kette glücklicher Zufälle wurde ich von diesem Verdachte gereinigt, und darf heute als glücklicher Mann, als Gatte an deiner Seite stehen. Es hätte auch anders sein können. Ich könnte jetzt —"

„O, ich bitte dich, sprich das heute nicht aus!" bat Lotte erschauernd. „Es wäre mein Tod gewesen."

„Ja, ja, denken mir nicht mehr daran," sprach Oswald hastig. „Schon, wie das Dampfschiff dort unten im Strom Wellen von flüssigem, gleißendem Gold aufwühlt — als habe der Schiffskiel das jahrhundertelang auf dem Grunde schlummernde Gut der Nibelungen, das Rheingold, zutage gebracht."

Lotte nickte. Beide blickten dem Dampfschiff nach, das langsam seine leuchtende Bahn dahinzog. Und die Gedanken der beiden in ihrem Glücke einsamen Menschen nahmen bald wieder eine andere Richtung.

„Jenes Mädchen," sprach Lotte nach einer Weile sinnend, „so unbegreiflich mir das Leben ihrer Seele ist, ist für mich der Gegenstand des höchsten Mitleides."

„Für mich jetzt auch," sprach Oswald. „Ueberhaupt — die Menschenseele! Wer vermag ihr geheimnisvolles Leben zu deuten? Wer ihre Regungen bis in ihre tiefsten Quellen zu erforschen? Nichts ist so wandelbar, so beweglich und vielgestaltig als des Menschen Seele. Sie ist so unstet und beweglich wie das Element dort unten zu unseren Füßen. Und des Menschen Handlungen sind wie Bilder, vom Schicksal auf jene bewegliche Fläche gemalt. Wer wagt es, hier mit harter und schonungsloser Strenge zu verurteilen! Das sei den Richtern überlassen. Doch wir, wir warmfühlenden Menschen, wir können und dürfen es nicht. Ich kann Laura Pürklin weder verachten noch verdammen — trotz des Leides, das sie über meinen Vater und mich gebracht hat."

„Dein Vater hat die schwere Zeit immer noch nicht ganz überwunden," sprach Lotte mit einem betrübten Kopfschütteln.

„Nein, wie sollte er auch! Durch die Ereignisse der letzten Zeit sind die Ereignisse von vor dreißig Jahren in seiner Seele wieder zu vollem Leben erwacht. Und — — geklärt ist jene unselige Angelegenheit immer noch nicht ganz."

„Für uns doch."

„Ja, gewiß, für uns. Für jeden, der ihn liebt. Doch die anderen —"

Beide wandten sich um, denn hinter ihnen ertönten Schritte. Zwei alte Herren kamen Arm in Arm herangewandelt, der eine offenbar in größter Fröhlichkeit, der andere äußerlich ernst, doch mit einem Ausdruck tiefen inneren Glückes in den Augen. Im nächsten Augenblick bildeten die beiden Väter mit ihren Kindern einen glücklichen, engverschlungenen kleinen Kreis.

„Seit einer halben Stunde suchen wir euch Ausreißer bereits!" rief der Landgerichtsrat wie in einem großen Zorn, doch mit lachenden Augen. „Wenn ihr allein sein wollt, dann hättet ihr eine Hochzeitsreise machen sollen, wie es andere Leute auch machen — zum Donnerwetter —!"

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191912211-10/fragment/page=0002

Halle und Umgebung

Halle, 21. Dezember.

Durch die Woche

Semesterschluß. — Hefenpolonäse. — Die neue Polizeistunde. — Demokratische Pleite.

Semester — nein: Trimesterschluß! Denn zum dritten Male in diesem Jahre schließt unsere alma mater mit dem zweiten „Zwischensemester" 1919 ihre gastlichen Pforten. Nach einem kurzen, aber arbeitsreichen Semester verlassen die Musensöhne Halle, um die Weihnachtsferien daheim zu verleben. Kurz nur ist die Zeit der Erholung, kaum eine Möglichkeit ist gegeben, den während des verflossenen Semesters behandelten Stoff in den Ferien durchzuarbeiten bzw. sich intensiv auf das bevorstehende Examen vorzubereiten. Beginnt doch bereits am 5. Januar offiziell das Wintersemester 1920! Die Einrichtung von Zwischensemestern für Kriegsteilnehmer ist anfangs von weiten Kreisen der akademischen Jugend begrüßt worden. Aber die Erfahrung hat gelehrt, daß sich damit kaum nennenswerte praktische Vorteile für die Studierenden verbinden, daß sie lediglich als anrechenbare Studiensemester im Anmeldebuche stehen. Die Zwischensemester bedingen naturgemäß eine Beschränkung des Stoffes und eine Verkürzung der Ferienzeit, und gerade diese ist ja für den Studenten die eigentliche Arbeitszeit. Hier erst kann er in Ruhe und mit Gründlichkeit wiederholen und Lücken ausfüllen, die Anregungen, die ihm Vorlesungen und Seminarübungen gegeben haben, ausarbeiten, Quellenstudium betreiben u. a. So hat denn auch der Fakultätsausschuß der Philologen und Historiker unserer Universität gegen die dauernde Einrichtung von Trimestern Einspruch erhoben, und fordert des weiteren zwischen dem Winter- und Sommersemester 1920 eine mindestens zweimonatige Ferienzeit. Mögen unsere Halleschen Musensöhne nach den kurzen Weihnachtsferien, an Leib und Geist gestärkt, ins neue Semester eintreten!

•

Früher war die Weihnachtsstolle eine selbstverständliche Gabe auf dem Weihnachtstische. Was tut man heute nicht alles, um überhaupt nur Stollen backen zu können? Man verzichtet schon Wochen vor dem Feste auf den üblichen Sonntagskuchen, denn es heißt, Mehl und Zucker für die Weihnachtsstolle zu sparen. Man greift tief in den Geldbeutel und schätzt sich noch glücklich, wenn man zu erträglichem Preise, d. h. nicht unter ein Stück Butter zum Backen erhalten kann. Und — man steht noch Hefe an! In endloser Reihe umlagern vom frühen Morgen an Männlein und Weiblein, alt und jung, geduldig und unentwegt das bekannte Geschäft von „Hefe-Meyer" in der Großen Märkterstraße. Aus allen Stadtteilen schart man sich hier zusammen, von dem einmütigen Verlangen beseelt, Hefe zu erlangen. Denn was nützen alle schönen Zutaten, als da sind Zitronat, Mandeln und Rosinen, wenn die Hefe fehlt und die Weihnachtsstolle nicht „gegangen" ist? Die ganze Weihnachtsstimmung der fürsorglichen Hausfrau ist dahin! Aber der Schrei nach Hefe durchzittert nicht allein die Großstadt Halle, nein auch die Orte der näheren Umgebung. So ist es in der verflossenen Woche tatsächlich geschehen, daß Kinder in der vierten Morgenstunde von Völberger nach Halle pilgerten, um ja rechtzeitig zur „Hefepolonäse" zu erscheinen. Oder ist dieser Spaziergang der Völberger zu nachtschlafender Zeit nur eine Folge der völligen Hefeperre, die sie zwingt, bereits um 6 Uhr abends mit den Hühnern schlafen zu gehen und füglich sich auch schon so frühzeitig zu erheben?

•

Am Freitag ruhte in Halle der Betrieb der sämtlichen Gasthäusern, Hotels und Kinos. Halle hatte sich neben Dresden, Frankfurt und einigen anderen Städten dem Berliner Proteststreik der Gastwirte angeschlossen. Der Grund, der zu diesem Vorgehen führte, war für die Halleschen Gastwirte neben der neuen Verordnung über Schleichhandel und Wucher die Herabsetzung der Polizeistunde im Regierungsbezirk Merseburg auf 10 Uhr; eine Verordnung, die das würdige Gegenstück zum 5 Uhr-Ladenschluß ist. Wieder ist angeblich die Kohlenknappheit die Mutter der Verordnung. Wie wenig das hier aber in Wahrheit zutrifft, muß man sich einmal des näheren vergegenwärtigen. Die Räume in den Lokalen sind des Abends ohnehin geheizt. Mit der einen Stunde, die früher geschlossen werden soll, wird wohl keine nennenswerte Ersparnis erzielt werden. Bei den ungeheuren Kohlenpreisen wird sicher kein Gastwirt unnötig Kohlen verfeuern, also schon aus Geschäftsrücksichten so sparsam wie möglich mit dem Heizmaterial umgehen. Da das Elektrizitätswerk den Betrieb der Straßenbahn bis nach Mitternacht versorgen muß, so kann von einer Ersparnis an elektrischem Licht auch nicht die Rede sein. Die Lokale, die Gasbeleuchtung haben, wollen sich mit Karbid aushelfen. Man fragt sich also: war es tatsächlich nötig, die Gastwirte, Musiker, Artisten usw. mit einer Verordnung so empfindlich in ihrem Erwerbsleben zu treffen? Der Fachmann und der Laie kann das nicht ganz einsehen, da müssen wir halt St. Bürokratius fragen.

•

Wenn zwei dasselbe tun, so ist es nicht dasselbe. Ein Wort, das sich schon in den Zeiten des alten Rom bewährheitet haben soll und auch heute noch Geltung besitzt. Sogar in Halle, wie exemplum docet. Die Deutschnationale Volkspartei für Halle und Saalkreis, hat in der letzten Zeit eine rege Tätigkeit in der Veranstaltung von Vortrags- und Versammlungsabenden entwickelt. Die Halleschen Demokraten fühlten sich darob veranlaßt, ein Gleiches zu tun. Mit allen Wirkungsmitteln einer zugkräftigen Reklame wurde vorgegangen, demokratische „Kanonen" als Redner für Halle gewonnen usw. Aber wie gesagt, wenn zwei dasselbe tun, so ist es nicht dasselbe. Zum mindesten nicht hinsichtlich des Erfolges. Denn während die Veranstaltungen der Deutschnationalen Volkspartei stets einen glänzenden Besuch aufweisen, pflegen die demokratischen Redner, wie die böse Frau Fama zu berichten weiß, sehr oft zur recht spärlich besetzten Bänken ihre Weisheit von sich zu geben. So sprach kürzlich Oberbürgermeister Dominikus, Vorsitzender der demokratischen Fraktion in der Preußischen Landesversammlung, in Halle. Wochenlang war der Vortrag angekündigt. Er sollte sich zu einer machtvollen Kundgebung der Halleschen Demokraten gestalten. Um ja allen Getreuen die Möglichkeit zu geben, dem Vortrage beizuwohnen, hatte man eigens in weiser Fürsorge das geräumige Walhallatheater, das 3000 Personen faßt, gemietet. Indessen, der erwartete Erfolg, die befürchtete Ueberfüllung blieben aus. Eine gähnende Leere in den hohen, lichten Räumen Walhalls. Herr Dominikus hatte wahrlich leichte Mühe, die Häupter seiner Lieben zu zählen. Es mochten sich etwa insgesamt (die Inhaber von Freikarten eingerechnet) 150 bis 160 getreue Demokraten eingefunden haben. Freilich, die Menge tut es ja auch nicht allein. Ein gewisser Goethe hat sogar einmal gesagt: „Wovon die Menge glaubt, ist leicht zu glauben." Aber immerhin. Ein etwas besserer Besuch des Vortrags hätte schließlich noch außen hin dem Ansehen der Halleschen Demokraten auch nicht gerade zum Nachteil gereicht. Schade, wirklich recht schade .....

Der Landesausschuß der preußischen Handelskammern

hat an den Reichskanzler Bauer folgende Telegrammeingabe gerichtet:

„Namens sämtlicher preußischer Handelskammern erheben wir entschiedensten Widerspruch gegen die dem Reichskabinett zur Beratung vorliegende Verordnung über den vorbereitenden Reichswirtschaftsrat. Unserer früheren Forderung, daß den Handelskammern als den öffentlich rechtlichen Vertretungen von Industrie und Handel mindestens die gleiche Anzahl von Vertretersitzen der Arbeitgeber eingeräumt werde, wie den auf privaten Zusammenschluß beruhenden Fachverbänden der Arbeitgeber, ist in dem Entwurf nicht entsprochen. Für den Handel sollen die Handelskammern nur ein Drittel, für die Industrie nur ein Viertel der Vertreter ernennen. Vor allem aber soll diese Ernennung nicht nach freiem Ermessen erfolgen dürfen, sondern nur subsidiär für die bei den Wahlen der Fachvereinigungen nicht genügend berücksichtigten Landesteile. Die Handelskammern sollen also nur aushilfsweise für die wirtschaftlich weniger bedeutungsvollen Landesteile Vorschläge machen. Alle großen und wirtschaftlich bedeutungsvollen Kammern werden bei den Vorschlägen ausgeschieden haben.

Die Vorlage bedeutet eine völlige Abschnürung des wirtschaftspolitischen Einflusses der Handelskammern. Organisationen, die auf gesetzlicher Grundlage errichtet sind, und seit mehr als einem Jahrhundert für die Interessen von Industrie und Handel tatkräftig gewirkt haben, sollen zugunsten privater Vereinigungen im Wege der für die Uebergangswirtschaft geschaffenen vereinfachten Form der Gesetzgebung des ihnen gesetzlich gewährleisteten Rechts, die Gesamtinteressen von Industrie und Handel zu vertreten, zu einem erheblichen Teile entkleidet werden. Wir bitten daher, der Verordnung in diesem Punkte die Zustimmung des Reichskabinetts nicht zu geben und zu veranlassen, daß seitens der Reichsministerien den Handelskammern diejenige Berücksichtigung zuteil werde, auf die sie gesetzlichen Anspruch haben."

— **Stadtgymnasium.** Die erleichterte Kriegsreifeprüfung bestanden am Freitag im Kriegsteilnehmersonderlehrgang Erwin Burkhardt (Bankbeamter), Otto Hoffmann (Landwirt), Kurt Müller (Zahnarzt), Otto Dieter (Architekt), Eberhard Greiner (Mathematik und Naturwissenschaft), Ernst Grollmus (Theologie), Wilhelm Klapp (Buchhändler), Heinrich von Rathusius (Landwirt), Arno Seiffer (Tierarzt), Friedrich Sander (Bergbaubeflissener), Reinhard Schoenfeld (Forstbeamter), Friedrich Schroeter (Theologie), Fritz Schüttlöffel (Theologie).

— **Wegfall der Kommissionsprüfung für Einjährig-Freiwillige.** Auf eine Anfrage des Preußischen Vereins für das mittlere Schulwesen hat der Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung mitgeteilt, daß Kommissionsprüfungen behufs Nachweises der wissenschaftlichen Befähigung für den einjährig-freiwilligen Dienst nicht mehr abgehalten werden, nachdem durch das Gesetz über Bildung einer vorläufigen Reichswehr die Einrichtung außer Kraft gesetzt worden ist. — Die letzten Kommissionsprüfungen haben im Herbst dieses Jahres stattgefunden. Junge Leute können demnach nur noch die Schlußprüfung an einer höheren Lehranstalt ablegen.

— **Unterbringung erholungsbedürftiger deutscher Kinder in der Schweiz.** Die nach der Schweiz verbrachten Kinder werden dort ärztlich kontrolliert. Es hat sich herausgestellt, daß der Aufenthalt von 6 Wochen Erfolge zeitigte, die alle Erwartungen bei weitem übersteigen. Gewöhnlich setzt der Haupterfolg in der 4. Woche des Aufenthaltes in der Schweiz ein. Die Pflegeeltern in der Schweiz haben sich wiederholt an die Zentralstelle gewandt und zum Ausdruck gebracht, wie schwer es ihnen falle, die Kinder nach 6 Wochen zurückzugeben. Auch die Aerzte sind der Ansicht, daß eine Verlängerung des Aufenthaltes den Erfolg festigen würde. Die Zentralstelle freut sich mitteilen zu können, daß die Aufenthaltsdauer auf 8 Wochen festgesetzt ist, und zwar rückwirkend auf die letzten 3 von hier abgegangenen Transporte. Es werden somit die Kinder, die am 26. November in die Schweiz eingereist sind, am 23. Januar zurückkehren. Für die am 10. Dezember von hier abgereisten Kinder gilt als Rückreisetag der 5. Februar. Ferner werden die am 17. Dezember nach der Schweiz verbrachten Kinder am 12. Februar wieder in Halle eintreffen.

— **Sächsisch-Thüringischer Verein für Erdkunde.** In der letzten Fachsitzung sprach Privatdozent Dr. Weigelt über die Steinkohlenvorräte Mitteldeutschlands. Vielfach stoßen wir in unserer Gegend auf die Spuren ehemaligen Steinkohlenbaues, z. B. bei Dölau, Lettewitz, Brachwitz und Wettin. Auch in dem Gleichichensteiner Tal, welches das Bad Wittekind enthält, finden sich kohlenhaltige Schichten, wenn auch nicht mit abbauwürdigem Kohlengehalt. Nur die Grube Karl-Moritz bei Plötz unweit Löbejün hat sich aus der früheren Abbauperiode unseres heimischen Kohlengebietes bis jetzt erhalten; sie hat sogar bei dem heutigen Kohlenmangel eine verstärkte Produktion aufzuweisen. Im ersten bis dritten Vierteljahr 1919 betrug der Mehrertrag gegen das Vorjahr 44,105 und 315 Prozent; täglich werden hier 10 Waggons Kohlen verladen, die auch von der Industrie unserer Gegend gern genommen werden. Die einzelnen Kohlenvorkommen in der Gegend Halle—Wettin—Löbejün wurden früher für Verbindungsglieder zwischen dem westfälischen und dem oberschlesischen Steinkohlengebiet gehalten. Die geologischen Verhältnisse widersprechen dem jedoch. Denn es handelt sich hier um einzelne Vermoorungsgebiete mit Kohlenbildungen in dem sogenannten Saar—Saale-Graben, d. h. einer Senke zwischen Saar und Saale, die schon in der Oberkarbonzeit wieder bis 1200 Meter Höhe mit Trümmergesteinen ausgefüllt wurde. Heute besteht der Saar—Saale-Graben nicht mehr, in seinem ehemaligen Verlaufe hat sich z. B. der Thüringer Wald emporgehoben, der vielerorts die Trümmergesteine sehr gut erkennen läßt. Die Steinkohlenlager unserer Gegend sind also jünger als die westfälischen und oberschlesischen. Die bekannte Tiefbohrung von Sennewitz, die bis 1128 Meter Tiefe führt, hat den Porphyr nicht durchstoßen, sie ist also gerade in den Ernstsanal der Porphyrmassen gestoßen. Auch das Bohrloch von Schladebach, das bis vor etwa 10 Jahren das tiefste der Erde war, hat keine Schichten von beträchtlichem Kohlengehalt angeschnitten, so daß der Staat sich gegen weitere Bohrungen passiv verhält. So sind leider in der Löbejüner Gegend noch keine systematischen Bohrungen auf wissenschaftlicher Grundlage erfolgt, so daß noch manche Kohlenlager vorhanden sein können. So schätzt der Vortragende, daß bei Löbejün noch etwa 75 Millionen Zentner vorhanden sind, die nur unter 200 Meter Porphyr lagern. Und bei Plötz dürften noch fast 10 Millionen Zentner liegen. Ersteres Lager würde bei einem modernen Betriebe noch 25, das letztere noch 8 Jahre vorhalten. Auch östlich von Plötz dürften noch Kohlen liegen; doch sind erst zwei 75 Meter und 150 Meter tiefgehende Bohrungen vorhanden, welche auf geringe Flöze gestoßen haben. Auch bei der Roßplatzreserve sind kohlenhaltige Schichten festgestellt. Zwar sind die Vorräte aller dieser Lagerstätten beschränkt, wenn auch nicht so, wie manche pessimistischen Ansichten glaubten. Ob die Lager noch abgebaut werden, ist eine reine Preis- und Marktfrage. Schon manche Bergbaugebiete, deren Abbau nicht mehr lohnte, sind in Deutschland jetzt unter dem Einfluß der gegenwärtigen wirtschaftlichen Lage wieder aufgenommen worden. So hat die Produktion der Wettiner Werke stets in kalten Wintern und während des Krieges 1870/71 stark zugenommen. — In der nächsten Fachsitzung (Mittwoch, den 28. Januar 1920, 8¼ Uhr im Hotel „Kaiser Wilhelm") wird Herr Professor Dr. Lang über „Tropische Böden" sprechen.

— **Möbeltransporte aus den polnischerseits besetzten Teilen der Provinz Posen.** Das Ministerium für die bisher preußischen Gebietsteile Polens hat auf eine Anfrage mitgeteilt, daß aus Deutschland nachweislich zur Uebersiedlung nach anderen deutschen Gebieten eingeführte Möbelwagen ungehindert herausgelassen werden.

— **Vaterländischer Frauenverein.** Dieser Tage veranstaltete der Vaterländische Frauenverein für seinen neu gegründeten Jugendbund in seinem Vereinshaus, Schimmelstraße 12, eine kleine Weihnachtsfeier. Nachdem die jungen Mädchen mit großem Eifer und emsigem Fleiße für die Weihnachtsbescheerungen der kranken Kinder der Kinderheilstätte, der Kriegspatenkinder und Mädchen aus Kinderhorten gearbeitet hatten, wurden kleine Erfrischungen gereicht, welche von einigen Vorstandsdamen in liebenswürdiger Weise gestiftet worden waren. Zur Belohnung für den treuen Fleiß der Helferinnen besuchte der Weihnachtsmann den fröhlichen Kreis, der mit großem Jubel aufgenommen wurde. Referendar Machemehl, der in liebenswürdiger Weise sich hierzu hatte bereit finden lassen, sei auch an dieser Stelle ein herzlicher Dank für sein Entgegenkommen ausgesprochen. Um ½10 Uhr endete die kleine Feier, und jede der Anwesenden ging mit dem Bewußtsein nach Hause, auch ihr Teil dazu beigetragen zu haben, daß der Vaterländische Frauenverein auch in diesem schweren Jahre gedeckt werden kann, und Knecht Ruprecht wird allen in fröhlicher Erinnerung bleiben.

— **Die Hallische Kunstausstellung** in der Oberrealschule am Wettinerplatz wird am Sonntag, den 28. Dezember, nachmittags um 4 Uhr geschlossen. Um mit den Räumungsarbeiten sofort beginnen zu können, werden die ausstellenden Künstler hierdurch aufgefordert, ihre Werke gegen Rückgabe der Empfangsbescheinigung am Montag, den 29. Dezember in der Zeit von 9 bis 3 Uhr im Ausstellungsraum abzuholen. Nicht abgeholte Werke werden auf Gefahr des Künstlers auf der Empore der Aula aufgehängt, jedoch wird keinerlei Haftung für Diebstahl oder Beschädigungen an Werken übernommen.

*

— **7. musikalische Vesper des Stadtsingchors.** Es ist erfreulich und erfreulich zugleich, mit welcher Schnelligkeit Chordirektor Klanert mit seinem trefflichen Chor wieder ein neues Programm bewältigt. Für einen zahlenmäßig starken Chor, der nur auf Konzerte sein Augenmerk zu richten hat, ist dies ungleich leichter als für unseren Stadtsingchor, bei welchem der Nachwuchs recht schwach ist und welcher vor allem nebenbei seine chordienstlichen Verpflichtungen zu erledigen hat. Das Programm zeugte von Geschmack und ließ alte und neue Meister zu Worte kommen. Wir hörten als Einleitung zwei vierstimmige Chöre von Orlando di Lasso und Joaquin de Près. Besonders der letztere hinterließ, da das Piano-Singen Spezialität des Chors ist, einen tiefen Eindruck. Nicht minder gut gelangen die Chöre von Gerardt, Freundt und Walther. Auch Klanert selbst war vertreten mit dem Chor „Dies ist die Nacht, da mir erschienen". Ein farbenreiches Werk, teils mystisch dunkel, teils jauchzend hell, ist es ein Kabinettstück in seiner Art, doch machte sich bei diesem Lied die schwächere Besetzung der Nebenstimmen, bes. des Sopran, bemerkbar. Am Ende des Programms stand die stimmige Choralkantate „Vom Himmel hoch" von Max Reger für Solostimmen, 2 Solovioline, Chor und Orgel. Wir sind Herrn Klanert dankbar für die Bekanntschaft mit dieser interessanten Cantate, die an die Ausführenden (Frau Wiese und Frl. Cantor) hohe Anforderungen stellte. Der Chor hielt sich größtenteils tapfer. Ueberraschend gut gefielen Gebrüder Görlach, während an der Orgel als ihr Meister Herr O. Rebling saß, der vorher technisch sauber und mit feinsinniger Registrierung einen Bach (Präludium und Fuge in C-Dur) beigesteuert hatte. G.

Provinz Sachsen

Thüringens Zusammenschluß

Weimar, 20. Dezember.

In der letzten Sitzung des Volkstrates für Thüringen wurde der endgültige Zusammenschluß aller thüringischen Staaten, mit Ausnahme von Coburg, vollzogen. Die in der Denkschrift von Sachsen-Meiningen für den Beitritt niedergelegten Bedingungen wurden vom ganzen Hause als bindend anerkannt und darauf die Aufnahme Sachsen-Meiningens in den thüringischen Staatenverband unter stürmischem Beifall des Hauses offiziell vollzogen. Es wurde eine Kommission gewählt, welche die Beziehungen zum Reiche und zu Preußen regeln soll. Ueber die Abtretung preußischen Gebietes an die thüringische Staatengemeinschaft sollen demnächst Verhandlungen aufgenommen werden.

---

e **Nienburg**, 19. Dezember. (Unaufgeklärter Geldbiebstahl.) Vor längerer Zeit war im hiesigen Arbeitsnachweis eine Geldsumme gestohlen worden. Es schien unmöglich, Licht in die Affäre zu bringen, obschon sich die Staatsanwaltschaft mit der Sache befaßt hat. In Verbindung damit wurden dann gegen den Arbeitsnachweisverwalter, den mehrheitssozialistischen Stv. Knoll, bestimmte Angriffe erhoben. Es wurde, namentlich von Unabhängiger Seite, gefordert, daß Knoll seines Amtes als Arbeitsnachweisverwalter enthoben und aus dem Gemeinderat entfernt werde. Zunächst wurde dem keine Folge gegeben. Nunmehr hat Knoll aber sowohl sein Amt als Arbeitsnachweisverwalter wie auch sein Stadtverordnetenmandat niedergelegt. Es ist anzunehmen, daß die Affäre damit noch nicht erledigt ist.

t. **Quedlinburg**, 20. Dez. (Verschiedenes.) Der neue Schul- und Fürsorgearzt Dr. Morgenstern aus Magdeburg ist heute durch Oberbürgermeister Bansi in sein Amt eingeführt worden. — Bei der Zuckerkartenausgabe im Rathaus sind heute 1000 Zuckermarken, auf 75 Zentner Zucker lautend, gestohlen worden. — Heute wurden hier wegen schwerer Einbrüche in Gernrode zwei dortige Einwohner verhaftet.

+ **Ballenstedt**, 20. Dez. (Verschiedenes.) Als zweiter besoldeter Stadtrat ist der sozialdemokratische Stadtverordnetenvorsteher und Kreistagsabgeordnete Metallarbeiter Otto Sachse aus Aschersleben bei dem anhaltischen Staatsrate bestätigt worden. In öffentlicher Gemeinderatssitzung erfolgte seine Einführung in das Amt eines Magistratsmitgliedes durch den Dessauer Kreisaufsichtsbeamten Geh. Regierungsrat Dr. Sachsenberg. In den Gemeinderat tritt als Ersatzmann für den Stadtverordnetenvorsteher Schlosser Halbarg ein. — Die hiesige Schulleitung trägt sich im Hinblick auf die notwendige Umgestaltung des Religionsunterrichts mit dem Gedanken der Bildung eines Elternbeirates. Ein Geistlicher aus Bremen erörterte diese Frage in gemeinsamer Besprechung. Der Elternbeirat wird die Aufgabe zufallen, Bestimmungen über die religiöse Lehrweise zu treffen. — Auf dem anhaltischen Gemeindetage in Dessau hat man die Entsendung von erholungsbedürftigen Schulkindern in einen Ferienaufenthalt auch für unsere Industriestadt erwogen. Zu diesem Zwecke kann die Schule sich mit den Fabrikorten Aken, Roßlau, Köthen und Leopoldshall in Verbindung setzen. Es wurde empfohlen, sich dann an eine Gemeinde des Harzgebirges zu wenden. — In Verfolg der Aufklärungsarbeit der Braunschweiger Reichsschutzgemeinschaft für Gewerbe und Handel hat eine Versammlung des selbständigen Mittelstandes beschlossen, einen Gewerbeverein für die hiesige Stadt ins Leben zu rufen, ohne daß man den Anschluß an die Reichsschutzgemeinschaft beliebte. Der neuen Vereinigung, deren Vorsitz Handelsmann Kriesel übernahm, sind 85 Geschäftsleute aus allen vorhandenen Berufen beigetreten. Als Schriftführer wurde gewählt Töpfermeister Birke, als

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191912211-10/fragment/page=0003

Kassenführer Kaufmann Richter, als Stellvertreter Schuhmachermeister Bläsing. — Unter unserer Arbeiterschaft ist eine Bewegung im Gange, welche darauf hinzielt, die Arbeitnehmer zum Austritt aus ihren verschiedenen Gewerkschaften zu veranlassen und ihren Eintritt in die neuen Betriebszusammenschlüsse zu fördern. Die im Aufbau begriffene Deutsche Arbeiterunion, welche diese Angelegenheit anregte, hat auch bei uns einige Werbeversammlungen veranstaltet.

— Sandersleben, 19. Dezember. (Der Konflikt) zwischen dem Bürgermeister Knochenhauer und der Mehrheit des hiesigen Gemeinderats hat neuerdings zu Vergleichsverhandlungen geführt, die von dem bisherigen Vernburger Kreisdirektor, Finanzdirektionspräsident Dr. Knoer, eingeleitet worden sind. Die bisherigen Besprechungen haben aber zu einem positiven Ergebnis noch nicht geführt. Wie es heißt, werden die Verhandlungen auf der Basis geführt, daß Bürgermeister Knochenhauer auf sein Amt freiwillig verzichtet und dafür eine namhafte Abfindung erhält. Zugleich soll die Niederschlagung des gegen ihn schwebenden Disziplinarverfahrens herbeigeführt werden.

z. Wuderstadt, 20. Dez. (Gründung einer Bezugs- und Absatzgenossenschaft.) Vom Kreisbauernbund wurde eine Bezugs- und Absatzgenossenschaft gegründet. Gegenstand des Unternehmens ist der gemeinschaftliche Einkauf von Vieh, Verbrauchsstoffen usw., sowie der gemeinschaftliche Verkauf landwirtschaftlicher Erzeugnisse.

Reichsfinanzminister Erzberger und die Veteranen

In Nr. 47 des „Veteran" war unter den „Mitteilungen aus den Kreisen der Kameraden" aus Dresden der Erfolg gemeldet, den das im September eingereichte Gesuch unseres Verbandes um Erhöhung der Veteranenbeihilfe bei der Nationalversammlung erzielt hat. Der Petitionsausschuß der Nationalversammlung hatte unser Gesuch am 14. Oktober der Reichsregierung zur Berücksichtigung zu überweisen beschlossen, und die Nationalversammlung hat in ihrer Plenarsitzung vom 29. Oktober diesem Beschluß zugestimmt. An diese Meldung war die naturgemäße, für unsere Kameraden hocherfreuliche Folgerung getknüpft, daß eine Erhöhung der Veteranenbeihilfe in nächster Zeit zu erwarten sei.

Leider wird diese Aussicht durch ein Schreiben getrübt, welches am 18. November bei dem unterzeichneten Verbandsvorsitzenden von seiten des Reichsministers der Finanzen Herrn Erzberger eingegangen ist. Gleichzeitig mit dem Gesuch an die Nationalversammlung war vom Verbande ein gleiches Gesuch auch an den Herrn Reichspräsidenten Ebert gerichtet worden. Vom Bureau des letzteren erging am 22. September an den Verbandsvorsitzenden die Mitteilung, daß dies Gesuch im Auftrage des Herrn Reichspräsidenten dem Reichsministerium des Innern überwiesen worden sei. Dieses scheint sich indessen zu einer endgültigen Entscheidung nicht für zuständig erachtet zu haben und hat das Gesuch an den Reichsfinanzminister weitergegeben. Mit der Unterschrift des Herrn Erzberger ist nun folgende Entschließung dem Verbandsvorsitzenden übermittelt worden:

„Für an den Herrn Reichspräsidenten gerichtetes Gesuch vom 19. September 1919 um Erhöhung der Kriegsteilnehmerbeihilfen ist mir zur weiteren Veranlassung zugegangen und hier einer sachlichen Prüfung unterzogen worden.

Zu meinem Bedauern bin ich nicht in der Lage, dem Antrage zu entsprechen."

Das Reichsfinanzministerium, das den Arbeitslosen mehrere Milliarden bewilligt hat, hat also für die Veteranen früherer Feldzüge zur Linderung ihrer Notlage keinen Pfennig Geld übrig. Dabei möge bemerkt sein, daß die Erhöhung der Veteranenbeihilfe, die s. Z. 150 Mark jährlich beträgt, nicht bloß von unserem Veteranenverbande beantragt worden ist, Es lagen nach dem Bericht des Petitionsausschusses gleichzeitig mit unserem Gesuch der Nationalversammlung noch eine ganze Reihe anderer Petitionen gleichen Inhalts aus Veteranenkreisen zur Entscheidung vor.

Unser Verband hat sich seit seiner Begründung die Aufbesserung der Lage seiner unbemittelten Kameraden ernstlich angelegen sein lassen. Das dürfte allen unseren Mitgliedern aus dem „Veteran" zur Genüge bekannt sein. Unser Verbandsvorsitzender wird auch in Zukunft immer wieder seine Stimme erheben, um seinen Mitgliedern die Tage ihres hohen Alters nicht zu Tagen bonger Sorge und schwerer Bedrängnis werden zu lassen.

Pfarrer em. Ebeling.

„H. Z." Sportberichte

F. C. Teplitz in Halle?

Für den 2. Weihnachtsfeiertag hat der hiesige F.-C. Wacker ein Spiel gegen eine der besten böhmischen Mannschaften, den rühmlichst bekannten F.-C. Teplitz, angesagt. Wie wir aus einer uns vorliegenden süddeutschen Vereinszeitung des Vereins für Rasenspiele-Mannheim ersehen, spielt der F.-C. Teplitz am 2. Weihnachtsfeiertage in Mannheim gegen den V. f. R. Wir halten es für unsere Pflicht, diese Tatsache bekanntzugeben, um unsere Vereine, ganz besonders aber den F.-C. Wacker, der erhebliche Kosten für das Teplitzer Spiel aufwenden muß, vor Schaden zu bewahren. Vor langen Jahren hatte eine andere böhmische Mannschaft, der D. F.-C. Prag, der am 1. Weihnachtsfeiertage gleichfalls hier spielt, dasselbe Manöver versucht und nach Halle seine IB-Mannschaft gesandt, während die IA-Mannschaft, wenn wir nicht irren, in Prag gegen die Kickers spielte. Das obige Verfahren, welches, gelinde gesagt, eine grobe Täuschung ist, ist schon mehrfach von böhmischen Vereinen angewandt worden. Wie wir aus den Anzeigen ersehen, meldet Halle sowohl wie Mannheim die stärkste Mannschaft von Teplitz, also die sogenannte Liga-Mannschaft. Die uns vorliegende Mannheimer Nachricht, die wir dem F.-C. Wacker gern zur Verfügung stellen, stammt vom 19. Dezember, kann also nicht veraltet sein.

*

— Oberharzer Skiklub, Ortsgruppe Halle. Bei einigermaßen günstigen Schneeverhältnissen beabsichtigt die Ortsgruppe ihren ersten gemeinsamen Ausflug in den Harz in der Zeit vom 23. Dezember 1919 bis 5. Januar 1920 nach Braunlage zu unternehmen. Die Mitglieder finden in dieser Zeit dort Rat und Unterweisung bei Mitgliedern des Vorstandes der hiesigen Ortsgruppe. Bei genügender Beteiligung ist ein Skikurs geplant. Auskunft erteilt Bergassessor Moser, Fernsprecher 7421. Die nächste Mitgliederversammlung findet in den ersten Tagen des Januar statt, in der über die Teilnahme an den am 10. und 11. Januar in Braunlage stattfindenden Verbandswettläufen des D. H. S. K., verbunden mit Bundesfest, ein Beschluß gefaßt werden soll.

— Fußballsport. Unter großen Schwierigkeiten und Opfern ist es dem V. f. L. gelungen, für den 3. Feiertag die 1. und 2. Jugendmannschaft des rühmlichst bekannten V. f. L. Leipzig nach hier zu verpflichten. Damit ist seit langem Gelegenheit geboten, die Spielstärke bester Leipziger und Hallischer Jugendklasse zu vergleichen. Die II. Jug.-Mannschaft des V. f. L. hat in der verflossenen Serie ihre 10 Spiele mit der Rekordziffer von 95:0 Toren gewonnen. Entsprechend spielstark ist die I. Jug.-Mannschaft des V. f. L. Man darf gespannt sein, wie unsere Jugend sich gegen diese übermächtigen Gegner halten wird.

— Das Fußballspiel West-Norddeutschland der Zwischenrunde um den Bundespokal findet nunmehr endgültig am 25. Januar in Köln statt.

— Der Städterringkampf Wien—Nürnberg abgesagt. Der Städte-Ringkampf Wien—Nürnberg, der auf den 1. Januar nach Nürnberg anberaumt war, kommt nicht zustande, da die Verhandlungen mit dem Wiener Verbande abgebrochen worden sind. Die Nürnberger Veranstalter haben sich jetzt nach Berlin gewandt, um mit Ringern der Reichshauptstadt einen Kampf auszutragen. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird der bestens bekannte Sport-Klub Hertos 03 mit seiner ersten Mannschaft am 1. Januar des neuen Jahres in Nürnberg zum Kampfe antreten.

— Einen Angriff auf den Stundenweltrekord hinter Motorführung unternahm kürzlich der auch in Deutschland bestens bekannte belgische Dauerfahrer Arthur Vanderstuyft auf der New-Yorker Sheephaedsbay-Bahn. Der Versuch mißlang, doch blieb der Belgier mit 99,577 Kilom. nicht weit hinter dem von dem Franzosen Paul Guignard auf der Rennbahn zu München-Milbertshofen aufgestellten Rekord von 101,623 Kilom. in der Stunde zurück.

— Wettflug Europa-Australien. Der französische Flieger Poulet, der am 15. Oktober mit seinem Mechaniker den großen Flug über die etwa 21 000 Kilometer lange Strecke antrat, war im weiteren Verlaufe des Fluges nicht sonderlich vom Glück begünstigt. Am 3. Dezember landete Poulet in Bangkok und hatte damit die Hälfte der Strecke zurückgelegt. Seit dem 3. Dezember fehlen zuverlässige Nachrichten über seinen Verbleib. Weit erfolgreicher war sein Konkurrent, der Australier Roß Smith, der einen Monat später, am 13. November in Begleitung seines Bruders und zweier Mechaniker zu dem großen Fluge aufstieg. Smith landete am 10. Dezember in Port Darwin, also auf australischem Boden und erhielt die Prämie der australischen Regierung von 250 000 Franks, bestimmt für den ersten Australier, der in 30 Tagen von Europa nach Australien fliegt.

— Sport-Vorlesungen an der Innsbrucker Universität. Dem Zuge der Zeit folgend, hat die Innsbrucker Universität für das Winter-Semester 1919/20 dem Sport einen größeren Rahmen zugewiesen.

— Die neuen Renngesetze, die von der Reglementkommission der Obersten Behörde für Zucht und Rennen im Entwurf fertiggestellt sind und im Januar zur Beratung gelangen sollen, bringen eine Reihe von Paragraphen, die nicht allgemeine Befriedigung auslösen werden. Ausländische Wallache sollen in Zukunft von allen Rennen ausgeschlossen sein, ausgenommen solche, die vor dem 1. Dezember 1919 eingeführt wurden. Die Antaukskommission behält sich das Recht vor, jede fünfjährige und ältere Stute, die noch Rennen bestreitet, bis zum 1. Dezember des Jahres, in dem sie gelaufen ist, für 40 000 Mk. anzukaufen. Jeder Hochsprung in Jagd-Rennen soll mindestens 1,30 Meter, jeder Graben eine Breite von mindestens 1,30 Meter haben.

Volkswirtschaft

Nachdruck der mit einem * versehenen Original-Artikel und Original-Meldungen des volkswirtschaftlichen Teils nur mit genauer Quellenangabe „Hallesche Zeitung" gestattet

Aktiengesellschaften

* Rauchfuhrbrauerei A.-G., Halle. Das Unternehmen ist, wie bekannt, infolge der widrigen Verhältnisse, die die gegenwärtigen Verhältnisse für Mittelbetriebe mit sich bringen, dem Konzern der Groß-Berliner Brauerei A.-G., Berlin, beigetreten. Die Betriebsverhältnisse waren im abgelaufenen Geschäftsjahre durch die Erzungenschaften der Revolution mehr oder weniger ungünstig beeinflußt. Das Verrechnungskonto mit der Engelhardt-A.-G. schließt mit einem Saldo von 275 828,56 Mk. zugunsten der Rauchfuhr-A.-G. ab. Aus dem Rohgewinn von 83 895 M. werden nach Abzug der Abschreibungen 195 Mark auf das neue Jahr vorgetragen.

* Große Leipziger Straßenbahn. Die außerordentliche Generalversammlung, die über die Verstadtlichung des Unternehmens beschließen sollte, erwies sich als nicht beschlußfähig, weshalb auf den 9. Januar eine neue Generalversammlung einberufen wird. Der Vorsitzende teilte mit, daß die Aktionäre für jede Aktie eine 4½proz. Stadtobligation erhalten werden, außerdem bei der Veräußerung des unrentablen Besitzes der Gesellschaft eine Barentschädigung, so daß sich die Gesamtvergütung auf etwa 150 Prozent je Aktie stellen werde. Der Aufsichtsrat empfahl unter den derzeitigen Verhältnissen die Zustimmung zu dem vorliegenden Verstadtlichungsvertrage.

* Allgemeine Deutsche Kredit-Anstalt, Leipzig. Das Institut eröffnet in Eisleben am 22. Dezember d. J. unter der Firma Allgemeine Deutsche Kreditanstalt, Filiale Eisleben, eine Zweigniederlassung.

Gelsenkirchner Gußstahl- und Eisenwerke. Das Unternehmen hat einen Verlust von 5,98 Millionen Mark gegen einen Reingewinn einschließlich Vortrag von 6,16 Millionen Mark im Vorjahr. Der Verlust soll aus einer Sonderrücklage gedeckt werden. Aus dem vorjährigen Vortrage soll eine Dividende von 10 Prozent (25 + 5 Bonus) verteilt werden.

Kapitalserhöhung. Ludwigshafener Brauerei u. Co. Metzlar um 4 Millionen (beschl.).

Dividende. Dortmunder Union-Brauerei A.-G. 20 (beschl.).

Industrie, Handel Handwerk,

Kalisyndikat. In der gestrigen Gesellschafterversammlung des Deutschen Kalisyndikats wurde berichtet, daß bis Ende November 7 346 104,17 Doppelzentner Reinkali (K_2O) abgesetzt wurden. Der bedeutendere Mindersatz gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres ist zurückzuführen auf den Kohlenmangel in der Kaliindustrie, besonders aber auf die Desorganisation des Eisenbahnbetriebes. Das neue Richtpreisabkommen für das Jahr 1920 wurde einstimmig angenommen. Darnach erhalten die Ueberlieferer 85, die Minderlieferer 15 Prozent des Durchschnittserlöspreises. Für den Aufsichtsrat wurden gewählt als Arbeitervertreter Steger und Bruns, als Verbrauchervertreter Schiele und als Angestelltenvertreter Braasch. Die Nachfrage nach Kalisalzen ist aus fast allen Teilen der Welt, besonders aus den Vereinigten Staaten von Amerika, außerordentlich groß. Ein Unglück für die ganze deutsche Volkswirtschaft ist es, daß diese starke Nachfrage infolge der erwähnten Mißstände nur in sehr geringem Maße befriedigt werden kann.

Kohlenpreiserhöhungen für Niedersachsen. Auf Grund des Beschlusses des Reichskohlenverbandes unter Zustimmung des Reichswirtschaftsministeriums sind die Verkaufspreise des Niedersächsischen Kohlensyndikats mit Wirkung vom 1. Dezember einschließlich Kohlen- und Umsatzsteuer für die Tonne wie folgt erhöht worden: Förderkohle 9 M., Schmiedekohle 11,40 M., Gewaschene Nußkohle 11,40 M., Brechkohle 18,50 M., Stückkohle 18,50 M., Werkkohle 16,50 M., Briketts 11 M.

Die 97. Zuchtviehauktion der Ostpreußischen Holländer Herdbuchgesellschaft. Am 19. und 20. Januar veranstaltet die Ostpreußische Holländer Herdbuchgesellschaft auf dem städtischen Viehhof in Königsberg i. Pr., ihre nächste Zuchtviehauktion, die mit ca. 180 Bullen und ca. 200 tragenden Sterken bezw. jungen Kühen unter 6 Jahre alt beschickt werden wird. Die zur Auktion kommenden Bullen stammen beiderseits von Ostpreußischen Holländer Herdbuchtieren ab und besitzen die für die Rassechtheit anerkannten Farben und Abzeichen.

* Wagengestellung. Im Eisenbahndirektionsbezirk Halle (Saale) (einschließlich der anschließenden Privatbahnen) wurden am 19. d. M. für Kohlen, Koks, Briketts und Rohpresteine gestellt 8707 Wagen zu 10 To., nicht gestellt 2858 Wagen zu 10 Tonnen.

* Elbeschiffahrt. Am 19. Dez. traf bei Kahn 1450 in Aken ein.

*

Girozentrale für Provinz Sachsen, Thüringen und Anhalt (öffentliche Bankanstalt) zu Magdeburg. Die Zentrale eröffnet am 1. Januar in Erfurt eine Zweigstelle.

*

Staatlicher Kraftwagenverkehr in Sachsen. Die sächsische Regierung hat den Volkskammer einen Gesetzentwurf gegeben lassen über die Gründung einer Kraftverkehrsgesellschaft im Freistaat Sachsen. Es sollen sich daran nur der Staat, Bezirksverbände und Gemeinden beteiligen. Das private Kapital ist ausgeschlossen. Das Unternehmen will die Wagen der beiden sächsischen Kraftverkehrsämter vom Reichswirtschaftsministerium ankaufen und in der bisherigen Weise weiterzunutzen, doch ist geplant, später den Personenkraftwagenverkehr der sächsischen Staatseisenbahn anzugliedern.

Berliner Börsenberichte

Börsenstimmungsbild. Das Publikum ließ sich durch die gestrigen Kursstürze in Valuta- und Auslandsaktien nicht zu Verkäufen verleiten und behält zäh seinen Besitz, so daß die Spekulation im Einklang mit der bemerkbar gewesenen Erholung an der Frankfurter Abendbörse Rückkäufe vornahm, für die sie bei Mangel an Abgebern wesentliche höhere Kurse anlegen mußte. Dies gilt besonders von den stark geworfenen Werten, so daß Kanada 190, Neuguinea und einige Nebenpapiere des Kolonialmarktes um über 100, Deutsch-Ueberseeische-Elektrische 70, Schantung 60 Prozent erhöht waren. Mit erheblich bescheidenerem Umfange folgten Petroleum- und die übrigen Kolonialwerte. Von dem Tendenzumschwung profitierten wesentlich auch deutsche Industriewerte, so daß von Montanwerten, Gelsenkirchen, Deutsch-Luxemburger, Lothringer Hütte, Rombacher und Phönix wesentlich gebessert waren. Schiffahrts- und Bankwerte lagen still. Farbwerte waren uneinheitlich wegen verschiedentlich abgehenden Bezugsrechtes. Sonst waren Rheinmetall und Anglo Guano kräftig gebessert. Die Erholung am Montanmarkte setzte sich weiterhin fort. Kanadas behaupteten ihre anfängliche Erholung nicht ganz. Verschiedentlich traten Schwankungen ein. Doch blieb die Grundstimmung fest. Heimische Rentenwerte waren fest, desgleichen österreichische und ungarische Werte. Ausländische Renten mit Valutacharakter waren gleichfalls wesentlich erholt. Mexikaner besonders. Man erzählt, daß das Ausland die gestrige Verflauung in großem Umfange zu Käufen deutscher Werte benutzt habe.

Produktenbericht. Am Produktenmarkt hat die Unternehmungslust nachgelassen, allerdings mit Ausnahme für Hafer, bei dem die Kauflust bei Zurückhaltung der Abgeber anhält. Es ist auch in Hülsenfrüchten das Geschäft unendlich stiller geworden. In Stroh erfolgen zurzeit größere Anklänfte, über die aber bereits verfügt ist.

Auslandsnotierungen:

Chicago, 18. Dezember. Weizen: — Mais: Dezember 147,—, Kan. 140,—, Mai 135⅛, Juli 133⅞, Schmalz: Dezember 22,90, Kan. 23,05, Mai 23,87½, Pork: Dezbr. —, Jan. 37,00, Mai 16,75, Juli —,—. Rippen: Dezbr. —,—, Januar 18,47½, Mai 18,97½, Juli —,—. Hafer: Dezember —, Januar —,—, Mai —, Juli —,—.

New-York, 18. Dezember. Winter- und Sommerweizen: 237,50, Mais: loko 176,—. Mehl: 9,25—10,50. Schmalz: —,—. Zucker: —,—, Kaffee: —.

Auszahlungen.

Berlin, 20. Dezember.

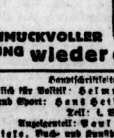
	Geld	Brief		Geld	Brief
Holland	1843,50	1846,50	Oesterreich abgst.	27,20	27,30
Dänemark	904,50	905,75	Prag	83,65	83,85
Schweden	1039,25	1040,75	Ungarn	32,35	32,45
Norwegen	999,25	1000,75	Spanien	—,—	—,—
Schweiz	875,25	876,75	Finnland	147,—	147,50
Oesterreich	—,—	—,—			

Im freien Verkehr wurden nicht amtlich ermittelt:

Deutsche Werte		Deutsche Erdöl	545,—
4½% Deutsche Schatzscheine VI—IX	73,30	Deutsche Gasglühl.	50,50
5% Deutsche Reichsanl.	77,50	Deutsche Kali	234,50
4 „ „	64,80	Deutsche Waff. u. Mun.	227,—
3½ „ „	58,50	Donnersmarkhütte	273,—
3 „ „	50,50	Döring u. Lehrmann	119,75
4 Preuss. Konsols	60,80	Dürkoppwerke	351,—
3½ „ „	51,75	Eiberfelder Farben	272,—
3 „ „	50,50	Engelhard Brauerei	222,50
4 Charl. Stadtanl. 99/00	63,75	Felten u. Guilleaume	236,75
4 Magdeb Stadtanl. 91/06	—,—	Gasmoren Deuts	145½
4% n. Sächs. landschaftliche Pfandbriefe	—,—	Gebhardt u. Co.	161,—
4 Preuss. Centr.-Bod.-Pfandbriefe	96,75	Gebhardt u. König	194,—
4 „ Preuss. Hypot.-Bank-Pfandbriefe 1911	—,—	Gelsenkirch. Bergb.	207,50
4½ Dessauer Gas-Oblig.	—,—	Glanzstoff Zeckerfbr.	231,—
4 „ „	—,—	Hallesche Masch.-Fabr.	420,—
Ausländ. Werte		Hann. Masch.	200,—
Oesterr. Kron.-Rente	28,—	Hannover Berg	127,25
4 Ungar. Gold-Rente	68,75	Hasper Eisen	217,50
4 Ungar. Kronen-Rente	35,50	Hirsch Kupfer	267,75
Eisenbahn-Aktien:		Höchster Farbw.	242,—
Halberstadt-Blankenb.	81,—	Hoesch Eisen u. Stahl	243,—
Halle-Hettstedter	—,—	Hohenlohe-Werke	130,50
Schantungbahn	470,—	Humboldt-Masch.	141,—
Allg. Lokal-Str	117,—	Ilse-Bergbau	431,—
Gr. Berl. Str.	—,—	Kahla-Porzellan	235,—
Magdeburger Str.-B.	—,—	Kaliw. Aschersleben	215,—
Lux. Prinz Heinrich-B.	508,—	Körbisd. Zucker-Akt.	220,—
Orientbahn	259,—	Kyffhäuserhütte	—,—
Schiffahrts-Akt.:		Lahmeyer u. Co.	131,50
Hambg. Paketfahrt	119,—	Landw. Bank d. Pr. St.	—,—
Hambg.-Südamerika	208,50	Lauchhammer	179,75
Hansa-Dampfschiff	200,—	Laurahütte	181,50
Nordd. Lloyd	118,25	Lingel, Erfurt	246,—
Banken:		Linke u. Hofmann	240,—
Bank für Thür.	135,—	Ludwig Loewe u. Co.	268,—
Berl. Handelsges.	160,—	Lothringer Hütte	222,—
Comm. u. Privatbank	135,50	Mannesmannröhren	200,50
Darmstädter Bank	120,50	Maschinenfabr. Buckau	173,—
Dess. Landesbank	—,—	Oberschl. Eisenb.-Bed.	118,—
Deutsche Bank	266,50	do. Caro Heg.	169,—
Diskonto-Comm.	179,⅛	do. Kattowerke	229,—
Dresdner Bank	149,—	Orenstein u. Koppel	236,25
Credit-Anst. Leipzig	137,—	Phönix-Bergb.	274,—
Mitteld. Kreditbank	128,—	Rhein. Metall-Vors.	192,—
Privat-Bank	116,75	Rhein. Stahlwerken	181,50
Nationalbank	124,—	Riebeck. Montan	355,—
Oesterr. Kredit	104,75	Rombacher Hütten	201,—
Reichsbank	134,25	Rositzer Braunk.	196,—
Industrie-Aktien:		Rositzer Zucker	187,—
Schultheiss-Brauerei	231,25	Sangerhäuser Masch.	223,—
Akt. Anilin	225,—	Hugo Schneider u. Co	213,—
Allgem. Elektr.-Ges.	232,25	Schuckert u. Co.	146,—
Ammendorfer Papierf.	530,—	Siemens u. Halske	250,50
Anhalter Kohlenw.	221,25	Stettiner Chamotte	234,—
Annaberger Steingut	227,—	Stettiner Vulkan	190,—
Badische Anilin	458,25	Stolberger Zinkh.	240,75
Bergmann-Elek.-Akt.	172,—	Strale. Spielkarten	—,—
Berl. Masch.-Bau	236,50	„Terra", Samen-A.-G.	245,—
Bismarckhütte	257,—	Thale-Eisenhütte	3.8.—
Bochumer Gußstahl	225,50	Triptis-Akt.-Ges.	192,25
Chem. Fabrik Buckau	—,—	Türkische Tabakregie	845,—
Chem. Griesheim	228,—	Ver. Köln-Rottweiler	222,—
Chem. v. Heyden	274,75	Glanzstoff Elberf.	254,—
Consolidation Schalke	260,50	Westeg. u. Hübner	158,—
Cröllwitzer Papierfabr.	248,—	Wersch.-Weissenf. Brk.	—,—
Daimler-Motoren	260,50	Westeregeln-Alkali	340,50
Deutsch-Luxemburg	276,75	Wittener Gußstahl	254,—
Deutsche Ueberseo-El.	65,—	Wrede-Mälzerei	178,—
		Zeitzer Masch.	490,25
		Zellstoff Waldhof	253,—
		Otavi-Minen	443,—

Tendenz: fest.

Das vornehme WEIHNACHTSGESCHENK DER COFFEINFREIE BOHNENKAFFEE



IN SCHMUCKVOLLER PACKUNG wieder erhältlich

Verantwortlich für Politik: Helmut Böttcher; für politische Nachrichten, Volkswirtschaft und Sport: Hans Heiling; für den sonstigen Redaktionsteil Alf: L. H. Erich Geißler.
Redaktion: Saalstraße 1.
Druck und Verlag der Hallischen Zeitung, Halle a. S.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191912211-10/fragment/page=0004